

# Die versäumte Revolte: Die DDR und das Jahr 1968

---

## I. Der ungeteilte Himmel

---

„Es war für uns immer schmerzlich zu sehen, wie die Mauer unser Vaterland teilte“, meinte der Redakteur einer großen Tageszeitung des Springer-Verlages. Tatsächlich hatte man von der Kantine im obersten Stockwerk des Verlagshauses einen weiten Blick über das Terrain der ehemaligen Sperranlagen. Als der Kollege zu ausschweifenden topographischen Erklärungen auszuholen drohte, unterbrach ich ihn: „Ich kenne die Gegend einigermaßen. Ich bin hier zur Schule gegangen.“ Ich zeigte ihm durch die Scheibe der hoch gelegenen Kaffeestube den unauffälligen Schulbau aus der wilhelminischen Zeit. Das fremdvertraute Gebäude schien von hier aus zum Greifen nah und gleichzeitig unendlich weit fort. An Wintertagen konnte man von dort in der ersten Unterrichtsstunde die Meldungen auf dem Nachrichtenbalken lesen, der damals auf dem Springerhochhaus montiert war. Gelegentlich schimpfte der Staatsbürgerkundelehrer auf den „Lügenbalken“, und die Schüler grinsten sich eins. Allerdings schien diese Form der Nachrichtenübermittlung schon damals irgendwie unzeitgemäß. Als ob es im Osten keine Radioapparate und Fernseher gegeben hätte.

Als Ostern 1968 die Krawalle rund um das Springerhaus tobten, konnte man die Polizeisirenen und Sprechchöre hören. Viele von uns platzten damals vor Neid, nicht dabei sein zu können. Einen Steinwurf weit tobte die Revolte, doch dazwischen lag die Mauer und niemand durfte es dort wagen, auf wen auch immer mit Steinen zu schmeißen. Doch in den Kaffeehäusern und Buchhandlungen im Stadtzentrum von Ost-Berlin traf man gleichaltrige junge Leute aus dem Westen, die mit leuchtenden Augen von ihrem Aufbegehren gegen das Establishment erzählten. Sie waren wie kleine Kinder, die aufgeregt von ihren Spielen im Buddelkasten berichteten. Wenn sie von „Bullenschweinen“, gar von der „repressiven Toleranz des scheidliberalen Systems“ oder vom „Konsumterror“ sprachen, wirkte das damals schon wunderbar naiv. Von dem System in der DDR hielten sie genau wie wir nicht sonderlich viel. Doch erklärten sie uns: „Historisch gesehen seid ihr schon

einen Schritt weiter. Ihr müsst nur die Demokratie einführen. Dann haben die Rechten auch bei uns verspielt.“ Ich weiß noch, dass ich es damals versprochen habe. Im Stillen dachte ich: „Eines Tages werden wir euch die Show stehlen. Die eigentliche Schlacht wird im Osten geschlagen werden – in Prag, Budapest, Warschau und eben bei uns.“ Das schien bis in die Morgenstunden des 21. August 1968 auch noch möglich.

Beim Blick vom Springerhochhaus auf das alte Schulgebäude erinnerte ich mich daran, dass auch damals in ganz ähnlicher Weise der Westen zum Greifen nah und gleichzeitig unendlich weit fort war. Die Mauer war nicht allein ein monströses Bauwerk. Sie war die eiserne Klammer, die das SED-System zusammenhielt, eine gigantische Projektionsfolie der beiderseitigen legitimationsstiftenden Bedrohungsängste. Nur eines war die Mauer nicht: eine wirkungsvolle Sperre, die den freien Flug der Gedanken behinderte. Niemals gelang es den Machhabern der DDR, eine geistige Quarantäne über ihr Land zu verhängen. Entgegen anderslautenden Meinungen war der Himmel über Berlin niemals geteilt.

---

## II. Reform und Stagnation

---

Die Jahre zwischen dem Mauerbau und dem Ende des Prager Frühlings waren in der DDR von einer seltsamen Ambivalenz. Am Anfang stand die wirtschaftliche, politische und moralische Katastrophe. Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 und den ersten Todesopfern an dieser Grenze erreichte das Ansehen des SED-Regimes in Deutschland und der Welt einen neuen Tiefpunkt. Dennoch resultierte gerade aus der offenbaren Brutalität der Mauer bei westlichen Politikern die Erkenntnis, dass die Spaltung Deutschlands nicht durch eine Politik der Konfrontation zu beseitigen, sondern nur durch allmähliche Veränderungen in ihren Folgen zu mildern sei. So wurden die Todesschüsse an der Mauer zum Ausgangspunkt einer Politik der Wandlungen, an deren Ende der Untergang des SED-Systems stehen sollte.

Ein ähnlicher Vorgang vollzog sich im Inneren der DDR. Nur mit Gewalt war es möglich gewesen, die Menschen am Weglaufen aus dem „Arbeiter- und Bauern-Staat“ zu hindern. Die DDR wurde durch den Mauerbau zu jener „geschlossenen Gesellschaft“, die sie bis 1989 geblieben ist.

Nach einer Phase verschärfter Repression begann das SED-Regime, seinen Untertanen Angebote zu machen. Im November 1961 erreichte die zweite Welle der Entstalinisierung auch die DDR. In Moskau regierte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow. Die Schritte auf dem Weg in den Kommunismus hatte der XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 genau festgelegt. Innerhalb von 20 Jahren wollte man den Kommunismus errichten. „Der Traum, 100 Jahre zu leben, ohne zu altern“, wird Wirklichkeit“, erfuhren der erstaunte Leser auch auf der Titelseite des Zentralorgans der SED<sup>1</sup>. All dies sollte bereits 1980 Realität werden.

In der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei gaben die Parteizentralen nun grünes Licht für Studiengruppen von Wirtschaftsfachleuten, die Pläne für umfassende Wirtschaftsreformen auszuarbeiten begannen. Die Betriebe sollten mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung bei der Planung erhalten, die Preise flexibler und realistischer werden, neueste Technik sollte schnell in die Produktion überführt werden. NÖSPEL hieß das Zauberwort. Dahinter verbarg sich das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, welches der VI. Parteitag der SED verabschiedete. Am konsequentesten ging in der ČSSR eine Arbeitsgruppe ans Reformwerk. Anfangs hatte diese Gruppe gute Kontakte zu den führenden Wirtschaftsleuten in der DDR. Doch als aus der Wirtschaftsreform eine Reform der Machtstrukturen zu werden drohte, trat der konservative Flügel der Parteiführung auf die Bremse.

Durch das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 wurde die Beat-Musik verboten, Künstler und Schriftsteller an den Pranger gestellt, Filme und Theaterstücke verboten. Dabei ging es in weit größerem Maße, als die Öffentlichkeit damals ahnte, um die Wirtschaftsreformen, die nun nur verlangsamt weitergeführt werden konnten. Dennoch setzte sich die allgemeine Reformhektik fort, die viel durcheinander wirbelte: Eine Hochschulreform und eine Akademiereform rollte über die Institutionen hinweg.

1 Neues Deutschland vom 20.10.1961.

---

### III. Der Jugend gehört die Zukunft

---

Immerhin waren Kritik und neue Ideen gefragt. Das System brauchte die Mitarbeit oder wenigstens die Loyalität eines größeren Teils der Bevölkerung, und es bot Karrierechancen, Sinnerfüllung, materielle Vorzüge und soziale Sicherheit. 1963 erließ die Partei ein „Jugendkommuniqué“, ein Jahr später folgte ein „Jugendgesetz“, das den politischen Anspruch in Paragraphen fassen sollte<sup>2</sup>.

Die SED-Führung wollte sich nicht allein auf die agitatorische Wirkung solcher Proklamationen verlassen. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erließ 1966 eine umfangreiche Dienstanweisung „Zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR“<sup>3</sup>. Diese von Mielke unterzeichnete Dienstanweisung wurde bis 1969 immer wieder durch weitere Befehle und Weisungen ergänzt<sup>4</sup>. Es war ohne Zweifel ein Grundsatzdokument, das die offiziellen Dokumente der Jugendpolitik ergänzte. Denn die Entwicklung der jungen Generation bereitete der SED-Führung großes Kopfzerbrechen. „Der Gegner“, heißt es in einer umfassenden Analyse der MfS-Bezirksverwaltung Berlin, „unternimmt verstärkte Anstrengungen . . ., mittels einer breiten Skala von Möglichkeiten der politisch-ideologischen Diversion Einfluss auf die Jugendlichen in der Hauptstadt der DDR zu gewinnen.“<sup>5</sup>

Ein besonders trübes Bild zeichnete der Stasi-Bericht von der Berliner Humboldt-Universität: „Unter den Studenten der Humboldt-Universität

---

2 Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik am Kampf um den umfassenden Aufbau des Sozialismus und die allseitige Förderung ihrer Initiative bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule, bei Kultur und Sport vom 4.5.1964, in: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (DDR) 1971, S. 15 ff.

3 MfS, ZAN, Dienstanweisung 4/66 vom 15.5.1966, 26 Bl.

4 Vgl. MfS, ZAN, Befehl 11/66 vom 15.5.1966; 1. Durchführungsbestimmung zum Befehl 11/66 zur Verhinderung der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Verbreitung dekadenter Einflüsse unter jugendlichen Personenkreisen, insbesondere in Vorbereitung auf den 20. Jahrestag der DDR vom 8.8.1969, 5 Bl.

5 MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1142/5, Stadtarchiv Berlin, Bericht 7/65 vom 30. 4. 1965 über einige negative Erscheinungen und Vorkommnisse in der Hauptstadt der DDR, die auf Einflüsse der politisch-ideologischen Diversion des Gegners zurückzuführen sind, 29 Bl.

hat sich das Wirken Havemanns und die ungenügende Einflussnahme der Parteiorganisation gegen seine schädlichen Theorien teilweise nachteilig auf die Bewusstseinsbildung ausgewirkt. . . . Es ist aber bekannt, dass viele Studenten mit ihrer wahren Meinung zurückhalten. Während sie in den Seminaren eine richtige Position beziehen, vertreten sie in den Gesprächen untereinander eine andere, vielfach entgegengesetzte Meinung.“<sup>6</sup>

Der Bazillus der Aufsässigkeit machte sich unter den DDR-Studenten breit. Die habituellen Gesten und Symbole des Protestes kamen tatsächlich aus dem Westen. Anette Simon meint in ihrem Versuch, das Generationsgefühl in Ost und West zu vergleichen: „Die Achtundsechziger der DDR sind genau wie ihre Schwestern und Brüder im Westen geprägt von der Musik dieser Zeit und dem Lebensgefühl, das sie transportierte. Auch die antiautoritären Gedanken und Haltungen schwappten in jeder Weise über die Grenze.“<sup>7</sup>

---

## IV. Der Westen

---

Die Welt der kommunistischen Propaganda war in der ersten Hälfte der sechziger Jahre noch säuberlich in Gut und Böse geteilt. In der Sprache der Agitation ausgedrückt, gab es zwischen der faschistischen Diktatur und der scheindemokratischen Spielart des staatsmonopolistischen Imperialismus nur einen taktischen Unterschied. Die politische Macht lag in den Händen des gleichen Monopolkapitals, das Hitler in den Sattel gehoben hatte. Immerhin wurde eingeräumt, dass die westdeutsche Arbeiterklasse teilweise der Sozialdemagogie erlegen sei und die Befreiung des Proletariats auf sich warten ließe. Eine theoretische Reflexion über den Wandel der westlichen Gesellschaft fand jedoch nicht statt. So geriet die SED-Propaganda seit Mitte der sechziger Jahre in eine tief greifende Erklärungsnot angesichts der aufbrechenden bundesdeutschen Gesellschaft: Es war nicht die Arbeiterklasse, und schon gar nicht die in der Illegalität kämpfende KPD, die an der Spitze der Bewegung stand, sondern Künstler, Intellektuelle und Studenten. Natürlich beherrschte die SED seit Jahr und Tag die dialektische Kunst der Doppelstrategie. Wenn die Ostermarschierer gegen Wiederbewaffnung und Atomtod durch Westdeutschland zogen, konnten sie der Schützenhilfe

der Ostpropaganda gewiss sein, obwohl Pazifismus in der DDR als Staatsverbrechen verfolgt wurde. Wenn es gegen die Notstandsgesetze ging, konnte sich die SED-Propaganda trefflich über die „Aushöhlung demokratischer Rechte“ erregen, obwohl doch jeder wusste, dass solche Rechte in der DDR niemals existiert hatten. Auch der Antiamerikanismus der Vietnamkriegsgegner, die Kampagnen gegen den Springer-Konzern und die Enthüllungen über die Nazivergangenheit führender westdeutscher Politiker passten gut ins Propagandakonzept der SED. Sie unterstützten die Friedens- und Anti-Springer-Komitees durch finanzielle Mittel, gaben ihnen propagandistische Schützenhilfe und versuchten sie durch linientreue Funktionäre und Stasi-Agenten an die Leine kommunistischer Parteidisziplin zu legen.<sup>8</sup>

Der Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 war für die DDR ein Beweis für den potenziell faschistischen Charakter des westdeutschen Staates. In der Presse konnte man plötzlich viel über den Kampf der fortschrittlichen Westberliner Arbeiter und Studenten gegen die Notstandsdictatur lesen. Die politischen Kontakte zwischen dem SDS und der FDJ wurden nun intensiviert. Im Auftrag des Bundesvorstandes des SDS reiste Wolfgang Lefèvre gemeinsam mit anderen Funktionären des Verbandes im Jahre 1967 mehrmals nach Ost-Berlin, um dort mit Vertretern des Zentralrates der FDJ zu verhandeln. Sie erhielten dort „Dokumente über die faschistische Vergangenheit von Westberliner Polizeiangehörigen und Fotos über die Vorgänge am 2.6.1967. Diese Unterstützung wurde von den Studentenvertretern als außerordentlich wertvoll eingeschätzt, da vorgesehen ist, mit diesen Dokumenten den Nachweis zu führen, dass das Vorgehen der Westberliner Polizei gegen die Studentendemonstrationen eine organisierte Notstandsübung war.“<sup>9</sup> Außerdem übergaben die DDR-Vertreter Material „über die Mitarbeit von Bundestagsabgeordneten bei der Vorbereitung der Notstandsgesetze“<sup>10</sup>. Die Frage,

8 Vgl. Hubertus Knabe, Hetzer, Fälscher, Meinungsmacher. Die Anti-Springer-Kampagne: Wie SED und MfS die Westberliner Studentenbewegung manipulierte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. März 2001.

9 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO/BArch) J IV/2/202, Schreiben Albert Nordens an Walter Ulbricht vom 21. 6. 1967 u. Information über Gespräche mit dem Konventspräsidenten der Dahlemer Universität in Westberlin, Wolfgang Lefèvre (SDS-Bundesvorstandsmitglied) sowie weiteren Westberliner Studentenfunktionären im Zentralrat der FDJ und in Westberlin am 20.6.1967, 6 Bl., Zitat Bl. 1; vgl. Bernd Rabehl, Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000.

10 Ebd., Bl. 2.

6 Ebd., Bl. 22.

7 Anette Simon/Jan Faktor, Fremd im eigenen Land?, Gießen 2000, S. 9.

aus welchen Quellen die Dokumente und Fotos stammten, wurde nicht gestellt. Auch sonst plauderten die Gäste aus dem Westen recht offenherzig über die Strategie und Taktik ihres revolutionären Kampfes. Dabei schätzten sie realistisch ein, dass es „von seiten des DGB und der Arbeiterjugendorganisationen“ noch sehr wenig Unterstützung gäbe<sup>11</sup>. Die FDJ-Vertreter versprachen daraufhin, „im verstärkten Maße auf die Arbeiterjugendorganisationen in Westberlin Einfluss zu nehmen. Das soll z. B. über direkte Gespräche mit Westberliner Falkenfunktionären geschehen“<sup>12</sup>.

Allerdings wurde auch an der DDR und der Sowjetunion Kritik geübt. Man hätte sich von den sozialistischen Staaten mehr Unterstützung im Kampf gegen Israel gewünscht. In diesem Zusammenhang wird die Haltung Chinas begrüßt, das „zum richtigen Zeitpunkt eine Wasserstoffbombe zündete“<sup>13</sup>. Bei einem weiteren Gespräch fand Lefèvre auch für die DDR anerkennende Worte. Angesichts der Tendenz einiger sozialistischer Staaten, mit imperialistischen Regierungen zu verhandeln, sei der SDS „... erfreut über die konsequente Politik der DDR, die eine solche ‚Liberalisierung‘ nicht mitmacht“.

Vom 25. bis 28. Juli 1967 fand ein vom Zentralrat der FDJ organisiertes gemeinsames Seminar von Funktionären des SDS und der FDJ statt, das sowohl Gemeinsamkeiten wie auch unüberbrückbare Gegensätze deutlich machte<sup>14</sup>.

So willkommen der Kampf gegen die US-amerikanische Aggression in Vietnam, die Notstandsgesetzgebung in der BRD und die „Kettung Westberlins an Westdeutschland“ war, so sehr waren die Formen des Protestes wie deren theoretische Begründung der SED ein Dorn im Auge. In ihrem terminologischen Raster konnte die APO nicht anders als linksradikal eingestuft werden. Linksradikalismus aber war laut Lenin die „Kinderkrankheit des Kommunismus“, mithin ideologische Abweichung, Häresie, Gedankenverbrechen. „Ein objektives Kriterium für die Beurteilung einer ideologischen Richtung und ihrer theoretischen Stärke stellt ihre philosophische Grundlage dar“, schrieb 1974 der DDR-Historiker Siegfried Prokop in der ersten und einzigen Darstellung der BRD-Studentenbewegung, die in der DDR erschienen ist. „Im Unterschied zum Marxismus-

Leninismus besitzt der kleinbürgerliche Revolutionarismus keine einheitliche philosophische Grundlage. So unterschiedlich die einzelnen Richtungen auch sind, beruhen sie doch ‚alle auf einem eklektischen Sammelsurium entgegengesetzter ideologischer Leitsätze‘ . . . Der kleinbürgerliche Revolutionarismus ist also pseudorevolutionär. Er gehört nicht zur Theorie der Arbeiterklasse, sondern steht ihr feindlich gegenüber.“<sup>15</sup>

Im eigenen Machtbereich fuhr die SED das gesamte Instrumentarium der Repression gegen solche Tendenzen auf. Mit Sicherheit überschätzte die SED-Führung die Resonanz linksradikaler Ideen im eigenen Machtbereich. Nichts fürchtete sie mehr als das Wirken geheimer Konventikel, zentralistisch geführter Verschwörergruppen und avantgardistischer Berufsrevolutionäre.

In der Tat versuchte die kommunistische Führung Chinas damals, durch Ideologieexport in aller Welt Einfluss zu gewinnen. Die deutschsprachigen Sendungen der „Stimme der Weltrevolution“ aus Tirana waren im Kurzwellenbereich in Mitteleuropa gut zu empfangen. Die SED-Führung nahm solche Einflussversuche ernst. Entsprechend nervös reagierte die Staatssicherheit auf unkontrollierte Aktivitäten der chinesischen Botschaft in der DDR. Das MfS registrierte, dass DDR-Bürger dort „chinesische Druckerzeugnisse und Mao-Abzeichen“ abholten<sup>16</sup>: „Aufgrund der vorliegenden Hinweise kann eingeschätzt werden, dass besonders Jugendliche, vor allem Oberschüler und Lehrlinge von Betriebs-Berufsschulen, Verbindungen zur chinesischen Botschaft aufnahmen.“<sup>17</sup>

---

## V. Die SED und der Bazillus der Revolte

---

Geradezu hysterisch reagierte die DDR-Obrigkeit auf unkontrollierte Begegnungen junger Leute, speziell von Studenten aus Ost und West. So berichtet das MfS im April 1966, wie sich aus einer Zufallsbekanntschaft ein regelmäßiger Diskussionszirkel von Assistenten der Freien Universität und der Humboldt-Universität entwickelte<sup>18</sup>.

15 Siegfried Prokop, Studenten im Aufbruch. Zur studentischen Opposition in der BRD, Berlin (DDR) 1974, S. 121.

16 MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1141/3, Stadtarchiv Berlin, Bericht 63/67 vom 12. 10. 1967 über Vorkommnisse, die im Zusammenhang mit der chinesischen Botschaft stehen, 5 Bl., Zitat Bl. 1.

17 Ebd., Bl. 1.

18 MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1141/1, Stadtarchiv Berlin, Bericht 15/66 vom 23. 4. 1966 über Treffen von Perso-

11 Ebd., Bl. 2.

12 Ebd., Bl. 2.

13 Ebd., Bl. 6.

14 Vgl. SAPMO/BArch, IV A 2/2028/106, Information über das Seminar von Zentralrat der FDJ und SDS am 25.-28. Juli in Berlin, 11 Bl.

Besondere Sorge bereitete es dem MfS, dass viele DDR-Teilnehmer des Gesprächskreises SED-Mitglieder waren. Der Verfasser des Berichts betont deswegen noch einmal ausdrücklich: „Es muss eingeschätzt werden, dass es sich hier keinesfalls um das Vorhaben handelt, durch eine gute Diskussion Westberliner Personen positiv zu beeinflussen, sondern um private Gespräche, bei denen man die Möglichkeit ausnutzen will, sich über den Westen zu informieren. . . . Da die beteiligten Westberliner offensichtlich die Linie verfolgen, durch provokatorische Fragen unsere Personen ideologisch negativ zu beeinflussen und die von uns Beteiligten konzeptionslos an diesen Treffen teilnehmen, besteht die Gefahr der Schaffung einer ideologisch negativen Basis für weitere Diskussionen in der Humboldt-Universität.“<sup>19</sup>

Eine ungewöhnlich detaillierte Analyse der Bezirksverwaltung des MfS beschäftigte sich im Januar 1967 mit der „politisch-ideologischen Zersetzung und der ungenügenden gesellschaftspolitischen Erziehung an der Humboldt-Universität“<sup>20</sup>. Die Einschätzungen tragen teilweise einen alarmierenden Charakter. Auf persönliche Weisung von Mielke wurde die Weiterleitung des Berichtes an die Parteiführung gestoppt. Wie es in einem beigefügten Zettel heißt, würde darüber nach der Kreisdelegiertenkonferenz der SED entschieden werden. Offenbar griff der Bericht zu tief in die Obliegenheiten der Staatspartei ein. Er diagnostizierte bei einem Teil der Studenten eine „dekadente moralisch-ethische Einstellung“. Dies signalisierte in der Sprache der Stasi den Einfluss der neuen antiautoritären Lebenskultur des Westens. Äußerlich bezog sich diese Rubrizierung auf lange Haare, die grünen Parkas und verwaschenen Jeans der amerikanischen Hippies.

---

## VI. Utopie und Macht

---

Die kommunistische Herrschaft wurde seit 1917 vom mahnenden Schatten der eigenen Utopie begleitet. In der DDR wurde sie vor allem durch zwei Personen präsentiert, die trotz des Altersun-

nen der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin mit Studenten der Freien Universität von Westberlin, 3 Bl.

19 Ebd., Bl. 3.

20 MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1141/3, Stadtarchiv Berlin, Information 57/67 vom 19.1.1967 über Erscheinungen der politisch-ideologischen Zersetzung und der ungenügenden gesellschaftspolitischen Erziehung an der Humboldt-Universität Berlin, 29 Bl.

terschieds oft als Dioskuren gesehen wurden: Professor Robert Havemann und Wolf Biermann. Einzelne Zeilen aus Biermanns Liedern und Gedichten wurden geradezu sprichwörtlich. Das Lied „Du, lass Dich nicht verhärten/In dieser harten Zeit“ wurde so etwas wie die heimliche Nationalhymne der „anderen DDR“<sup>21</sup>. Biermann hat bis in die achtziger Jahre immer wieder betont, dass er Marxist und Revolutionär sei und die DDR trotz allem für den besseren deutschen Staat halte.

„Die Achtundsechziger im Osten nahmen genauso wie im Westen den Vietnamkrieg und die Grausamkeiten der Welt wahr, interessierten sich aber politisch natürlicherweise am meisten für das eigene Gesellschaftssystem . . . Es ging nicht um die Wiedererschaffung kapitalistischer Verhältnisse – schon wegen der fundamentalen Kritik der gleichaltrigen Westlinken an diesen Verhältnissen nicht. Wir bewunderten diese Linken mit naiver Gläubigkeit, unsere Solidarität gehörte ihnen.“<sup>22</sup>

Die Kirchengeschichte bietet das gegebene Reservoir für die Geschichte des kommunistischen Ketzertums. Am deutlichsten war dies während des Prager Frühlings im Jahre 1968. Der Prediger Jan Hus wurde regelrecht zur Leitfigur der Reformen in ihrem Kampf gegen die kommunistische Orthodoxie. In dem böhmischen Kirchenreformer und dessen Flammentod sah die tschechoslowakische Freiheitsbewegung eine symbolische Identifikationsfigur.

Die SED-Propaganda versetzte insbesondere Herbert Marcuse, den geistigen Vater der antiautoritären Revolte, in den Rang eines Oberketzers. 1969 erschien im Ost-Berliner Akademie-Verlag ein ungewöhnlich ausführliches Buch über den Philosophen<sup>23</sup>. Der Autor, Robert Steigerwald, war Mitglied der neu gegründeten DKP und leitete das Frankfurter Institut für Marxistische Studien. Steigerwald sparte nicht mit Polemik und verleumdete Marcuse als US-amerikanischen Geheimdienst-Agenten<sup>24</sup>. Doch entgegen den in der DDR sonst üblichen Gepflogenheiten wurden die in den Augen der SED-Obrigkeit verwerflichen Theorien ausführlich referiert und zitiert. Die übliche Praxis der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie war durch die hohe dialektische Kunst geprägt, die „feindlichen Argumente“ zwar zu ent-

21 Wolf Biermann, *Alle Lieder*, Köln 1991, S. 177 f.

22 A. Simon/J. Faktor (Anm. 7), S. 11.

23 Vgl. Robert Steigerwald, *Herbert Marcuses dritter Weg*, Berlin (DDR) 1969; eine Lizenzausgabe erschien parallel im Kölner DKP-Verlag Pahl-Rugenstein.

24 Vgl. ebd., S. 219 ff.

larven, es aber dem Leser unmöglich zu machen, deren sachlichen Gehalt aus der Darstellung gewissermaßen herauszufiltern. Das Buch von Steigerwald wurde bald schon auf höhere Weisung aus dem Verkehr gezogen. Stattdessen erschienen im Akademie-Verlag in Ost-Berlin zwei Heftchen der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie“, die Marcuses Kritik am Sowjetkommunismus in einen Nebel von Phrasen hüllten<sup>25</sup>.

Die Schriften von Marcuse und anderen Theoretikern des linken Antiautoritarismus waren in der DDR Giftschränkliteratur höchsten toxischen Grades. In Bibliotheken war die Lektüre nur aufgrund eines Zertifikats in speziellen Lesesälen möglich. Bereits das Bemühen um eine solche Sondergenehmigung war für die SED-Obrigkeit ein Verdachtsmoment. In einem Stasi-Bericht über einen Studenten der Humboldt-Universität wird u. a. ausgeführt, er wäre bemüht, „Schriften von Marcuse und Fischer“ zu erhalten. Aufgrund dieser und anderer Denunziationen wurde er im Herbst 1968 von der Universität relegiert.

Die Utopie einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft war für die autoritäre Zwangsanstalt DDR ein gefährlicher Sprengsatz. Die SED-Führung reagierte mit Verboten, Restriktionen und Disziplinierungen. Das Schlagwort vom „Dritten Weg“ wurde in der DDR zum Totschlagargument gegen jede Form der Kritik. Wer einen *dritten Weg* zwischen real existierendem Sozialismus und Kapitalismus gehen wollte, nutzte „objektiv der Konterrevolution“. Wer einen Wandel durch Übernahme einzelner Elemente des freien Marktes forderte, redete der imperialistischen *Konvergenztheorie* das Wort, wer für eine Anpassung der Ideologie an die Realitäten plädierte, machte sich des *Revisionismus* schuldig.

---

## VII. Sozialismus mit menschlichem Antlitz

---

Der Gedanke eines „Dritten Weges“ wurde Anfang 1968 in der Tschechoslowakei von der abstrakten Idee zum realen politischen Experiment. Am 5. Januar 1968 wählte das Zentralkomi-

25 Vgl. Nelli Motroschilowa/Jurij Samoschkin, *Marcuses Utopie der Antigesellschaft*, Berlin (DDR) 1971; Gertraud Korf, *Ausbruch aus dem ‚Gehäuse der Hörigkeit‘? Kritik der Kulturtheorien Max Webers und Herbert Marcuses*, Berlin (DDR) 1971.

tee der KPC Alexander Dubček zum neuen Parteichef. Leonid Breschnjew hatte bereits im Vorfeld für den Personalwechsel grünes Licht gegeben, und auch protokollarisch wurden innerhalb des Warschauer Paktes zunächst die üblichen Formen gewahrt. Doch was in der ČSSR als Reform von oben begann, stieß bald schon auf eine ungeahnte Resonanz in der Bevölkerung. Endlich wurde im Lande frei gesprochen: über den Mangel an Freiheit und Demokratie, den Terror der Stalinzeit, die Bevormundung durch die Sowjetunion, die Wirtschaftsmisere im Lande, die Unfähigkeit der kommunistischen Funktionäre, die Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken.

Spätestens im März schrillten in Ost-Berlin alle Alarmglocken. In einer internen Information an die Leiter der Abteilungen im ZK der SED vom 12. März 1968 hieß es: „Man muss offen sagen, dass der imperialistische Gegner seine Anstrengungen verstärkt, um über alle möglichen Kanäle und Verbindungen Einfluss auf die Aktivierung der antisozialistischen, bürgerlichen Kräfte in der ČSSR zu nehmen und selbst zu organisieren. Wie weit die geistige Übereinstimmung zwischen den Losungen dieser kleinbürgerlichen, antisozialistischen Kräfte innerhalb der ČSSR mit der Ideologie des Imperialismus geht, zeigt insbesondere die von Schriftstellern und Künstlern vertretene Losung, die ČSSR in eine ‚offene Gesellschaft‘ zu verwandeln.“<sup>26</sup> Drei Tage später heißt es in einem Bericht des MfS für die Parteiführung: „In den Bezirken der DDR wird gegenwärtig zu den Vorgängen in Warschau und in der ČSSR unter allen Bevölkerungsschichten diskutiert. Besonders die Meinungsäußerungen über die Erscheinungen in der ČSSR sind vom Umfang und der Intensität her im Ansteigen begriffen.“<sup>27</sup> Seit Mitte März 1968 verdichten sich die Berichte des MfS an die Parteiführung. In den kommenden Monaten wurde fast täglich über die Diskussionen der Bevölkerung berichtet.

Im März 1968 kam es auch zum ersten öffentlichen Angriff der SED gegen die tschechoslowakische Bruderpartei. Während einer Konferenz zum Thema „Die philosophische Lehre von Karl Marx und ihre aktuelle Bedeutung“ griff Kurt Hager den Reformkommunisten Josef Smrkovský<sup>28</sup> an.

26 MfS, Büro des Ministers, ZAN, Schreiben vom 12. 3. 1968 an Ltr. Der Abt. des ZK, Bl. 13.

27 MfS, ZAIG, Z 1564, Einzel-Information 301/68 vom 15. 3. 1968 über die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Vorkommnisse in der ČSSR und in der VR Polen, 8 Bl. u. 1 Bl. Anl., Zitat Bl. 1.

28 Bei Smrkovský handelte es sich um einen Kommunisten, der in der Okkupationszeit den Widerstand gegen die Deut-

Die Springerpresse, meinte Hager, berufe sich in „ihrer Kampagne gegen unsere sozialistische Verfassung . . . auf die Ereignisse in der ČSSR. . . Sie geben in aller Ausführlichkeit die Angriffe von Journalisten und Schriftstellern auf die führende Rolle der Partei wieder“<sup>29</sup>.

---

## VIII. Der Prager Frühling und die DDR

---

Das Modell eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz hatte streng genommen mit den an China oder Kuba orientierten Vorstellungen der radikalen Westlinken wenig zu tun. In der Tat knüpften die ideologischen Vorstellungen der Reformkommunisten eher an traditionelle sozialdemokratische Denkmuster an. In diesem einen Punkt traf die Hetze der SED wohl den Kern der Sache.

In den Augen vieler DDR-Bürger waren dies aber nur ideologische Haarspaltereien. Im Frühling 1968 trafen in der DDR zwei Strömungen des Zeitgeistes aufeinander, die aus unterschiedlichen Richtungen kamen und die historisch in unterschiedliche Richtungen wiesen, dennoch aber eine kaum zu trennende Einheit bildeten. Viele Menschen wünschten sich mehr Freizügigkeit und Wohlstand. Ihre Sympathien mit dem neuen Mann in Prag waren nicht das Ergebnis ideologiekritischer Debatten, sondern resultierten aus einer neugewonnenen Hoffnung auf positive Veränderung. Natürlich gab es in der DDR junge Leute, die nächtelang über Marx und Marcuse stritten. Doch für die meisten Ostdeutschen ging es zunächst um ein wenig mehr Luft zum Atmen, ein bisschen mehr Farbe im realsozialistischen Alltag. Dies schien das sozialistische Bruderland nun wenigstens ansatzweise zu bieten. Obwohl Reisen in die ČSSR immer noch aufwendige Formalitäten erforderten und nur wenige tschechische Kronen umgetauscht werden konnten, wurde Prag in jenem Sommer zum Mekka der DDR-Bevölkerung.

Jeder holte sich im Nachbarland, was er gerne mochte. Dort konnte man die begehrten Schallplatten mit Beat-Musik und Jazz kaufen. In den Kinos liefen in Originalfassung die neuesten Filme

---

schen geleitet hatte, unter Stalin zu lebenslanger Haft verurteilt worden war und als entschiedener Vertreter eines humanistischen Sozialismus 1968 zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden war

<sup>29</sup> Neues Deutschland vom 27.3.1969.

aus den USA. An den Kiosken gab es westliche Zeitungen und Zeitschriften. In Prag und anderswo konnte man ohne amtliche Formalitäten ein Zimmer mieten oder in einem Studentenheim unterkommen, was in der DDR undenkbar gewesen wäre. Man konnte auf der Straße sitzen, ohne von erziehungswütigen Volkspolizisten behelligt zu werden. Die Theater, Konzerte und Kunstausstellungen in der tschechoslowakischen Hauptstadt waren legendär. Die DDR-Behörden erreichten mit ihren finanziellen Restriktionen genau das Gegenteil der erstrebten Wirkung. Da sich die Reisenden kein Hotel leisten konnten, waren sie auf die Kontakte zu Gastgebern angewiesen – kamen daher viel enger mit der Lebenswirklichkeit des Gastlandes in Berührung als normale Touristen. Von den politischen Bedrohungen war in jenem Sommer nicht viel zu spüren. Die tschechoslowakischen Freunde lachten, wenn sie gefragt wurden, wo sich die Konterrevolution versteckt hielt. Kaum jemand glaubte, dass sich das Rad der Geschichte noch einmal zurückdrehen ließe.

Wenn der Zug diesseits der Grenze in Bad Schandau oder Zinnwald hielt, wussten die Leute, dass sie wieder zu Hause waren. Voller bössartiger Gehässigkeit filzten die DDR-Zöllner die Heimkehrer aus der ČSSR. Sie beschlagnahmten Schallplatten, deutschsprachige Druckschriften und Bilder jeglicher Art. Das betraf nicht nur westliche Publikationen und antiquarische Bücher, sondern insbesondere die deutschsprachigen Informationen der Nachrichtenagentur ČTK und die „Prager Volkszeitung“. Auch die Sicherheitsorgane registrierten die „verstärkte Einfuhr“ von tschechoslowakischen, österreichischen und westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften<sup>30</sup>. In einem Bericht an Erich Honecker wurde sogar behauptet, tschechoslowakische Studenten würden das „Prager Volksblatt“ an DDR-Bürger verteilen. Wer sich unterstand, gegenüber den Zollorganen darauf zu verweisen, dass es sich um offizielle Verlautbarungen der kommunistischen Bruderpartei handele, konnte sich auf längere „Kontrollen“ einstellen. „Während der überwiegende Teil der Bürger die formlose Einziehung deutschsprachiger Literatur . . . anerkennt, führen in Einzelfällen andere DDR-Bürger längere Diskussionen dazu.“<sup>31</sup> Zwei Studenten der Universität Rostock wehrten sich

---

<sup>30</sup> Mdl, Informationsgruppe Stab des Mdl, 5. Informationsbericht vom 5.8.1968, Anlage: Information an E. Honecker vom 6.8.1968 über Stimmungen unter unserer Grenzbevölkerung an der Grenze zur ČSSR.

<sup>31</sup> Mdl, Kopie eines Schreibens Borning (Abt. Sicherheitsfragen des ZK der SED) an Hörnig (Abteilung Wissenschaft des ZK der SED) vom 16.7.1968.

im Grenzzollamt Zinnwald gegen die willkürliche Einziehung der Druckschriften und meinten: „Für sie sei es notwendig, dass sie zur freien Meinungsbildung die Zeitungen der ČSSR und Westdeutschlands benötigen.“ Einer der beiden, der sich zudem als Mitglied der SED offenbarte, meinte sogar: „Er bekenne sich zu dem ‚revolutionären‘ Verhalten der Studenten in der ČSSR, . . . Durch das Verhalten der Prager Studenten . . . sei der gesamte Prozess der Demokratisierung ins Rollen gekommen.“<sup>32</sup> Ein zusammenfassender Bericht über den Vorfall wurde parallel an das Politbüromitglied Albert Norden gegeben<sup>33</sup>. Offenbar war der Apparat auf das höchste alarmiert. Der Leiter der Zollverwaltung der DDR verfertigte einige Tage später einen ausführlichen Bericht an die Abteilung Sicherheit im ZK der SED<sup>34</sup>. Fünf Tendenzen bereiteten den Organen der DDR große Sorgen: die zunehmende Zahl von Treffen zwischen DDR-Bürgern und Westdeutschen bzw. Westberlinern, die teilweise zufälligen Charakter trugen, teilweise geplant waren; die steigende Zahl von Versuchen, über die Tschechoslowakei in den Westen zu fliehen; drittens die Ausstellung von Internationalen Studentenausweisen durch den Internationalen Studentenbund, der seinen Sitz in Prag hatte; viertens die Teilnahme an Beat-Veranstaltungen und schließlich die Einfuhr von Druckerzeugnissen.

Ein Jugendlicher meinte angesichts der Beschlagnahmung seiner Zeitschriften: „Was kann man in der DDR überhaupt für Zeitungen lesen. Bei Euch ist wohl nur das ‚Neue Deutschland‘ erwünscht. Das ‚ND‘ nehmen wir zum Arschabwischen.“ Der Bürger wurde laut MfS-Bericht der Polizei übergeben<sup>35</sup>.

Von nun an wurden wöchentlich solche Berichte verfertigt, die eine steigende Zahl von derartigen Vorkommnissen registrierten. Die SED-Führung versuchte, die Reisen ins Nachbarland wenigstens zu reduzieren. „Ich habe mich über die Lage in der Touristik mit der Tschechoslowakei informiert“, schrieb Albert Norden an Walter Ulbricht. „Tatsächlich sieht es so aus, dass im Monat Juni von uns 244 000 Touristen in die ČSSR fuhren und

214 000 von der ČSSR in die DDR kamen. In der ersten Juli-Hälfte sind von uns 154 000 Bürger in die ČSSR gefahren und von dort 90 000 zu uns gekommen. Es stellte sich heraus, dass von unseren Touristenagenturen eine sehr breite Werbung gemacht wurde, weil man mittels der Touristik in die ČSSR einen Teil unserer Verschuldung gegenüber Prag abbaut. Natürlich können diese Gesichtspunkte angesichts der jetzigen politischen Situation nicht mehr gelten, und ich habe Anweisung gegeben, dass die Werbung für Touristen nach der Tschechoslowakei und von dort per sofort eingestellt wird.“<sup>36</sup>

Auch das Tschechoslowakische Kulturzentrum am Bahnhof Friedrichstraße war den ideologischen Tugendwächtern der SED ein Dorn im Auge. Dies hatte eine längere Vorgeschichte. Die Filmabende, Kunstaussstellungen und Schriftstellerlesungen missfielen den Kulturbehörden der DDR bereits seit einigen Jahren, zumal dort auch DDR-Künstler wie Wolf Biermann aufgetreten waren. Im Frühjahr 1968 aber wurde das ČSSR-Kulturzentrum zu einem der offenen Fenster in der geschlossenen Gesellschaft der DDR, durch die wenigstens ein leiser Luftzug wehte.

Auch lag dort seit dem 8. Mai 1968 zum Ärger der DDR-Obrigkeit die „Prager Volkszeitung“ mit dem neuen Aktionsprogramm der KPČ aus und konnte von den Besuchern mitgenommen werden<sup>37</sup>. In dem bisher recht farblosen Blatt der deutschsprachigen Minderheit der Tschechoslowakei konnte das DDR-Publikum seit dem Januar 1968 erstaunliche Dinge lesen. Auf Kurt Hagers Äußerungen während der Karl-Marx-Konferenz erfolgte eine ironisch formulierte Einladung, nach Prag zu kommen, um sich an Ort und Stelle über die Vorgänge zu informieren<sup>38</sup>. Dies war nicht der Stil, in dem in der DDR mit Mitgliedern des Politbüros gesprochen wurde. In der Nummer vom 31. Mai 1968 erfolgte sogar ein Abdruck des Liedes „Drei Kugeln auf Rudi Dutschke“ von Wolf Biermann<sup>39</sup>. Dieses Heft erreichte die 900 Abonnenten in der DDR nicht mehr. Die Auslieferung des Blattes wurde vom Postzeitungsvertrieb untersagt. Die einzige Bezugsquelle war nun das Kulturzentrum in der Friedrichstraße, wo die

32 Ebd.

33 MdI, Kopie eines Schreibens Borning (Abt. Sicherheitsfragen des ZK der SED) an Prof. Albert Norden (Politbüro) vom 16.7.1968.

34 Zollchefinspektor Stauch (Ltr. Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik) an Abt. für Sicherheitsfragen des ZK der SED, Wocheninformation zu Feststellungen im grenzüberschreitenden Verkehr über die Staatsgrenze Süd vom 18.7.1969, Berichtszeitraum: 8.7.-14.7.1968, 7 Bl.

35 Ebd., Bl. 4.

36 SAPMO-BArch, IPA, DY 30, NL 2/31, Nachlass Walter Ulbricht, Schreiben Albert Nordens an Walter Ulbricht vom 26.7.1968, 2 Bl., Zitat Bl. 1.

37 MfS, ZAIG, Z 1493, Einzel-Information 511/68 vom 9. 5. 1968 über die Verbreitung des Aktionsprogramms der KPE im Haus der Tschechoslowakischen Kultur in Berlin, Friedrichstraße, 2 Bl.

38 Prager Volkszeitung vom 29.3.1968.

39 Prager Volkszeitung vom 31.5.1968.

Volkszeitung trotz mehrfacher Interventionen des Außenministeriums der DDR weiter auslag.

Der Einfluss der antiautoritären Revolte auf die DDR war eher kulturell als direkt ideologisch oder gar politisch im engeren Sinne. Zeugnisse eines direkten Nachahmungseffektes sind in den Akten eher selten. Dennoch ist deutlich, dass manche DDR-Studenten, von der westlichen Protestkultur beeindruckt, ähnliche Aktionen auch bei sich zu Hause beginnen wollten. In einem Informationsbericht des MfS vom Mai 1968 wird von einer „so genannten Demokratisierungswelle“ unter den Jura-Studenten der Humboldt-Universität gesprochen<sup>40</sup>. Dann wird die Meinung zitiert: „Wir können ja auch unsere Meinung durch Protestdemonstrationen mit Schildern und Plakaten usw. zum Ausdruck bringen.“<sup>41</sup> Weiter heißt es in dem Bericht: „Man verweist in den Diskussionen auf die Studenten-Demonstrationen in der ČSSR, Westdeutschland, Polen und Frankreich.“ Laut MfS-Bericht waren DDR-Studenten der Meinung, „dass man sich auch bei uns Rechte und Freiheiten erkämpfen sollte. Durch die Ereignisse in der ČSSR hegen sie große Hoffnungen. Sie sehen für sich in der Bildung einer unabhängigen Jugendorganisation eine Möglichkeit, ihre Ziele, die sie auch marxistisch nennen, zu verwirklichen. Alle auftretenden bzw. aufgetretenen Mängel an der Universität liegen nach ihrer Meinung im System unseres Staates begründet“<sup>42</sup>.

Anlass zur Klage gab es im Studentenalltag genug. Ein Student vertrat laut Stasi-Bericht die Meinung, „er würde sofort gegen das schlechte Mensa-Essen demonstrieren“<sup>43</sup>.

In den Stasi-Zentralen erinnerte man sich zu diesem Zeitpunkt gewiss daran, dass die Protestbewegung der Prager Studenten im Oktober 1967 mit einer Kerzendemonstration gegen die Stromausfälle in einem Studentenwohnheim begonnen hatte.

Differenziertere Gedanken machten sich Mitglieder der Evangelischen Studentengemeinde in Berlin, wo in Diskussionsveranstaltungen auch Gastredner aus der Tschechoslowakei auftraten<sup>44</sup>. „Krawalle, wie sie von den Studenten in der VR Polen organisiert wurden, seien an der Humboldt-Universität nicht möglich, da einerseits hierfür

nicht die geeignete Situation vorhanden sei und andererseits ein derartiges Vorgehen sofort eine Konfrontation mit der Staatsmacht zur Folge hätte. Man müsse deshalb den Weg gehen, wie er in der ČSSR beschritten wurde. Dabei dürfe man nicht sofort voll gegen die SED auftreten, sondern muss mit der Partei gehen und ihr eine Fehlerdiskussion aufzwingen, die zu Auseinandersetzungen in der Parteiführung führen würde.“<sup>45</sup>

Auch Steigerwald sieht in seinem Buch über Mar-cuse den Zusammenhang zwischen der westlichen Studentenrebellion und dem Prager Frühling: „Die Auseinandersetzungen mit der Rechtsabweichung im internationalen Kommunismus, die vor allem durch die Ereignisse in der ČSSR vorangetrieben werden muss, wird auch zum verstärkten Kampf gegen antisowjetische Auffassungen in linksliberalen und linksbürgerlichen Kreisen führen müssen, die auf der Grundlage abstrakter Freiheitslosungen reaktiviert werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass die Ansichten eines linksbürgerlichen ‚dritten‘ Weges zwischen Bourgeoisie und Proletariat stärkere Belebung erfahren.“<sup>46</sup>

---

## IX. Die Ideale starben langsam

---

Als in den frühen Morgenstunden des 21. August 1968 die Nachrichtensprecher des DDR-Rundfunks die verlogene Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten über den Einmarsch ihrer Truppen in die ČSSR verlasen, empfanden das viele Menschen als einen fürchterlichen Schlag. Die moralische Empörung war ungeheuer groß. Es gab zahlreiche Proteste, individuelle Verweigerungen und hilflose Gesten des Widerstandes<sup>47</sup>. Es begannen „ideologische Klärungsprozesse“. Viele junge Leute liefen – verführt von den Ehrlichkeitsphrasen ihrer Jungpionierzeit – ins offene Messer der Staatssicherheit. Die einen zerstörten unwiederbringlich ihre berufliche Laufbahn, andere lernten die Taktik der Anpassung ohne Selbstaufgabe, Dritte wurden zu Zynikern und Karrieristen. Wieder gab es unendlich viele jener bösen seelischen

45 Ebd., Bl. 1.

46 R. Steigerwald (Anm. 23), S. 9.

47 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: „Wer sich nicht in Gefahr begibt . . .“. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tüchel (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u. a. 1999, S. 257 ff.

40 MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1140/1, Stadtarchiv Berlin, Einzel-Information 29/68 vom 25.5.1968, 3 Bl.

41 Ebd., Bl. 1.

42 MfS (Anm. 40), Bl. 2.

43 Ebd., Bl. 2.

44 MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1140/2, Stadtarchiv Berlin, Einzel-Information 48/68 vom 24.7.1968, 3 Bl.

Wunden, die „nicht zugehn wollten unter dem Dreckverband“, wie es Wolf Biermann 1976 in einem Lied ausdrückte<sup>48</sup>.

Die Erinnerungen an den Prager Frühling waren in den folgenden 21 Jahren streng tabuisiert. Die wenigen in der DDR erhältlichen Darstellungen der Geschichte der Tschechoslowakei handelten das Jahr 1968 mit einigen hölzernen Floskeln ab. Mit den Möglichkeiten der Information über die internationale Studentenrevolte sah es nicht viel besser aus. Immerhin öffneten einige Romane und Filme winzige Fensterchen und wurden entsprechend intensiv wahrgenommen. Über den Pariser Mai konnte man in dem 1972 in der DDR veröffentlichten Roman „Hinter Glas“ von Robert Merle einiges nachlesen. Über die Revolte der Studenten von Berkeley handelte der Film „Blutige Erdbeeren“, der auch in der DDR Mitte der siebziger Jahre zum Kultfilm wurde. Die Musik und die Bilder hatten eine suggestive Anziehungskraft. Es ist bis heute erstaunlich, dass es die Kulturbehörden wagten, dem Kinopublikum der DDR solche Kost zu verabreichen. Als es am 7. Oktober 1977 zu den Krawallen auf dem Alexanderplatz kam, setzten sich die Jugendlichen aufs Straßenpflaster, hoben die gespreizten Finger zum Siegeszeichen und sangen „Give peace a chance!“

<sup>48</sup> Wolf Biermann, Und als wir ans Ufer kamen, in: ders. (Anm. 21), S. 280.

Die sozialistischen Ideale starben sehr langsam. Die Westachtundsechziger träumten von der Revolution und haben eine gesellschaftliche Reform bewirkt. Die Ostachtundsechziger dagegen wollten den Sozialismus reformieren und haben damit später eine Revolution ausgelöst, die bei aller Gewaltlosigkeit in ihren Folgen an Radikalität der Konsequenzen kaum zu überbieten ist. Wenn die Rebellen der APO heute in hohen Staatsämtern sitzen, zeigt dies vor allem die Lebenskraft einer Gesellschaft, die sich im Widerspruch erneuert.

Im Osten dagegen wurde jeder schöpferische Impuls erstickt. Ein wirklicher Generationswechsel fand nicht statt. Die einen verkamen auf dem langen Marsch durch die Institutionen und änderten nichts als sich selbst. Sie wurden zu Greisen, ehe sie ihre Kindheit beendet hatten. Die anderen verkrochen sich in den windstillen Ecken, die es in der DDR durchaus gab, und versäumten es dabei, erwachsen zu werden. Man hat den demokratischen Aufbruch des Herbstes 1989 die Revolution der Vierzigjährigen genannt. Viele hatten sich den rebellischen Geist der sechziger Jahre bewahrt, jene Mischung aus Aufsässigkeit und Weltverbesserung. Doch als die Massen endlich auf die Straße gingen, wollten sie von den sozialistischen Idealen nichts mehr hören. Die Idee einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft zerfiel. Die versäumte Revolte von 1968 ließ sich nicht nachholen.